

SAFER WORLD is a private independent international internet information network

www.safer-world.org

newsletter 96 / 16. 03. 2006

AKTIV

Internationalen Protesttag anlässlich der Gentechnik-Koexistenz-Tagung der EU-Kommission in Wien am 5. April
Plattform "gentechnikfreie Regionen und Länder" Die angegebene Webadresse steht nicht mehr oder unter geänderter Adresse im Netz.

=====

BUCH

Dr. med. Hans-Christoph Scheiner und Ana Scheiner
Die verkaufte Gesundheit - ein Grundlagenwerk zum Thema Mobilfunk

Dr. Scheiner ist bestellter Gerichtsgutachter, er ist Mediziner, engagiert in der Bürgerwelle, dem Zusammenschluß der handykritischen Bürgerinitiativen, er ist Referent und Podiumsteilnehmer bei Expertenhearings.

Sein Wissen über die gesundheitlichen Auswirkungen der Mobilfunktechnologie hat er in diesem Standardwerk zusammengetragen.

In diesem Buch haben die neuesten wissenschaftlichen Untersuchungen Eingang gefunden, sei es die große Melatonin-Studie, seien es die aktuellsten Doppelblindstudien, seien es die neuen Erkenntnisse bezüglich der Blut-Hirn-Schranke, seien es die aufhorchen lassende tragische Situation bei unseren Kindern. All das finden sie in diesem Buch, die wirtschaftlichen und die politischen Hintergründe werden beleuchtet und nicht zu letzt hat die große europaweite REFLEX-Studie die die EU in Auftrag gegeben und finanziert hat Eingang gefunden in dieses aktuelle Werk.

Wer jetzt noch sagt die Gefährlichkeit und die Schädlichkeit von digital gepulsten elektromagnetischen Wellen, wie sie bei der Handytechnologie eingesetzt werden, sei nicht bewiesen, ist entweder absolut nicht auf den neusten Stand der Wissenschaft oder er lügt.

Sein unverwechselbarer Stil und seine Erfahrungen als langjähriger Referent auf Infoveranstaltungen und Hearings und an Infotischen auf der Straße, als Gutachter und als Mediziner ist es zu verdanken, das dieses sachkundige und kompetente Werk so geschrieben ist, daß es für jeden leicht zu lesen und zu verstehen ist.

Das Buch liest sich spannend wie ein Krimi, nur das sie fortlaufend mit Fakten, Fakten, Fakten konfrontiert werden und zwar so, das sie diese anschließend selber auch glaubhaft vermitteln können.

Das Buch ist Hardcover, hat 280 Seiten und kostet 24,90. Sie haben die Möglichkeit es zu bestellen wie folgt:

Per Antwortmail: Mobilfunk (Anschrift nicht vergessen) Im Warenkorb des Michaels Verlags:
www.michaelsverlag.de Per Fax: 08861-67091 Oder per Tel 08861-59018 Oder per Postkarte beim Michaels Verlag, Ammergauer Str. 80, 86971 Peiting Oder über jede Buchhandlung die das Buch besorgen kann ISBN 3-89539-170-0

Neuer GEN Technik Thriller „ Das Projekt “ von Erich Schöndorf

Was blüht Amerika, wenn es seinen Raubtierkapitalismus immer mehr von der Leine lässt? Erich Schöndorf, der Ankläger im berühmten Frankfurter Holzschutzmittel-Prozess, gibt in seinem neuen Umwelt-Thriller eine authentische und daher warnende Antwort: Die Entwicklung eskaliert und mündet in einen neuen Terrorismus. Der hat mit dem westlichislamischen Konflikt nichts mehr zu tun. Es ist ein interner Terrorismus, bei dem die Verlierer des eigenen Lagers die Regie übernommen haben. Farmer, die von den Agro-Multis mittels Gentechnik in den Ruin getrieben wurden; Menschen, denen das Recht auf Arbeit verwehrt wird und eine junge Intelligenz, die den Hokus-Pokus der Globalisierung als Vorwand zum Plündern des Planeten durchschaut und sich um ihre Zukunft betrogen sieht. Diese Klientel hat Hochschulen besucht und nicht etwa Koranschulen. Folglich sind Sprengstoffgürtel und Autobomben passé. Der neue Terrorismus ist Hightec-Terrorismus. Die Kombination von intelligenten und verzweifelten Hirnen gebiert wahnwitzige Ideen. Was das konkret heißt, soll an dieser Stelle noch nicht verraten werden. Der neue Terrorismus verlässt die Schiene der archaischen Machtpöbeln und besinnt sich auf die Möglichkeiten, die der Mikrokosmos bereit hält. Die Gifte der Riffbewohner, der Seeanemonen, Schwämme oder Kegelschnecken, haben im Nanogrammbereich mehr Zerstörungskraft als 1000 Tonnen Dynamit. Man benötigt nur noch ein trojanisches Pferd, das die toxische Fracht ins Ziel transportiert.

Vielleicht weisen auch unsere kleinsten Killer neue Wege. Nicht die im Rahmen der Biowaffen-Diskussion sattsam abgehandelten Anthrax- oder Pockenerreger. An sie kommen auch die cleversten Terroristen nur schwer heran. Die Evolution gibt uns da die entscheidenden Hinweise. Beispielsweise mit dem Aids-Virus oder dem Vogelgrippe-Virus, deren Variabilität und Kommunikationsfreudigkeit sie für eine einschlägige Nachbehandlung empfehlen, um sie endgültig scharf zu machen.

Hochtechnische Systeme haben zudem offene Flanken, die bisher von sämtlichen Beteiligten schlicht ignoriert wurden. Beispielsweise die Wasserversorgung der Großstädte.

Die eine oder andere könnte für die westlichen Verlierer interessant sein. New York etwa als Heimat der Wall-Street oder L.A. als Symbol für den amerikanischen Traum oder Las Vegas, das Domizil der Verschwendung. Wenn Hightec in diese Schwachstellen stößt, erscheint alles möglich.

Diese Konstellationen machen deutlich, dass uns in Sachen Terrorismus ein Quantensprung ins Haus steht. Der 11. September wäre dann nur die Overtüre gewesen.

DAS PROJEKT schildert die Machbarkeit der terroristischen Apokalypse unter den Bedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Sein Plot ist noch fiktiv. Die Bausteine sind es schon nicht mehr.

Erich Schöndorf, Das Projekt, 468 S., 22 € zzgl. 2,- € Versandkostenpauschale gegen Vorkasse:
Kontoverbindung: BBU e.V., Spk Bonn; BLZ 380.500.00, Ktn.: 1900.1965 Email: bbu-bonn@t-online.de

=====

CHEMIKALIEN - PHTHALATE

06.03.06

ARD-Wirtschaftsmagazin Plusminus: Arzneimittel-Chemikalie DBP weist über 60-fache Grenzwertüberschreitung auf - Kinder im Mutterleib durch Hilfsstoffe in Pillen gefährdet

Schwangere Frauen und Eltern greifen aus gesundheitlichen Gründen gerne auf pflanzliche Arzneimittel zurück. Da diese Mittel meist kaum Nebenwirkungen haben, können sie nicht schaden, so eine viel verbreitete Meinung. Ein Test des ARD-Magazins "Plusminus" (Das Erste, 7. März 2006, 21.50 Uhr) hat ergeben, dass dies eine fatale Fehleinschätzung sein kann, wenn die verabreichten Medikamente neben den eigentlichen Wirkstoffen die Chemikalie Dibutylphthalat (DBP) enthält.

Gemeinsam mit dem Institut für Umwelt- und Arbeitsmedizin der Universität Erlangen untersuchte das ARD-Magazin Urinproben von neun Männern und Frauen auf die Konzentration des gefährlichen Weichmachers DBP in ihrem Körper. Er bewirkt, dass sich die Inhaltsstoffe des jeweiligen Medikaments noch nicht im Magen auflösen. Alle Testpersonen nahmen jeweils ein freiverkäufliches pflanzliches Mittel gegen Erkältung ein. Das Ergebnis der Untersuchung: Der Grenzwert der Europäischen Lebensmittelbehörde für die Langzeiteinnahme von DBP wurde bis zu 63-mal überschritten. "Dies ist eine Größenordnung, bei der man mit Gesundheitsschäden zu rechnen hat", bewertet Prof. Dr. Jürgen Angerer das Plusminus-Testergebnis.

DBP wird von der Weltgesundheitsorganisation und der EU als "frucht- und entwicklungsschädigend" eingestuft. In Babyartikeln, Kosmetika und Spielzeug ist es mittlerweile verboten. Als sogenannter Hilfsstoff in den Hüllen von Medikamenten ist DBP weiter zugelassen.

Insgesamt gibt es in Deutschland 51 Arzneimittel, in denen der Hilfsstoff DBP enthalten ist. Rund die Hälfte davon ist frei verkäuflich. Bei den Präparaten handelt es sich zum Beispiel um Medikamente gegen Erkältungen, Bronchitis, Asthma, Schlafstörungen, erhöhte Cholesterinwerte oder Eisenmangel. Einige davon sind im Beipack-Zettel ausdrücklich als für Schwangere geeignet gekennzeichnet. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte in Bonn will die "Plusminus"-Untersuchungsergebnisse prüfen und dann über eine Einschränkung der Anwendung oder über neue Hinweise auf den Packungsbeilagen von DBP-haltigen Arzneimitteln entscheiden.

Eine vollständige Liste mit allen betroffenen Medikamenten wird "Plusminus" am Dienstag (7. März 2006) im Internet veröffentlichen.

http://www.daserste.de/plusminus/beitrag_dyn~uid,0gmz39ehigocxg7a~cm.asp

=====

CHEMIKALIEN - TABAK

"Rauchen ist kein Kavaliersdelikt" - 3300 Tote jährlich in Deutschland durch Passivrauchen

Baierbrunn (ots) - Nach vorsichtigen Berechnungen einer neuen Studie sterben jährlich in Deutschland rund 3300 Nichtraucher am Tabakqualm rauchender Mitmenschen. Prof. Dr. med. Ulrich Keil, Direktor des Instituts für Epidemiologie und Sozialmedizin der Universität Münster, betont im Gesundheitsmagazin "Apotheken Umschau", dass diese Zahl noch "eher zu niedrig gegriffen" sei. In die Berechnung seien nur Passivraucher einbezogen worden, die zuhause mitqualmen müssen und nicht etwa Menschen, denen dies am Arbeitsplatz zugemutet wird. Keil will nicht unnötig beunruhigen: Wer einmal wöchentlich bei einem Kneipenbesuch Zigarettenrauch einatmet, habe kein statistisch nachweisbar erhöhtes Risiko. Beschäftigte in Gaststätten sind die Leidtragenden. Neben den vielen Todesfällen sei Passivrauchen auch für zahlreiche chronische Erkrankungen mitverantwortlich. Keil: "Rauchen in der Öffentlichkeit kann damit nicht länger als Kavaliersdelikt gelten."

Originaltext: Wort und Bild - Apotheken Umschau

Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de URL steht nicht mehr zur Verfuegung./story.htx?firmaid=52678>

=====

ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

Aus Mobilfunk - Newsletter

Das lange Warten auf die Replikation der TNO-Studie

Über 20 Gemeinden der Schweiz bewilligen keine Mobilfunkantennen mehr, bis die Resultate der Replikation der TNO-Studie vorliegen, die von der UNI Zürich (Prof. Achermann und Mitarbeiter/Innen) vorgenommen wurde und dummerweise zur Hälfte von der Forschungsstiftung Mobilkommunikation der ETH Zürich 1) finanziert wird. Etwas besser bekannt ist die Forschungsstiftung unter dem Namen Institut Dr. Gregor Dürrenberger. Von einer Forschungsstiftung also, die wiederum ausschließlich von den Mobilfunkbetreibern, das heißt vorwiegend durch Sunrise gesponsert und laufend neu gespiesen wird. Weshalb und wie diese Studienergebnisse seit Mitte 2005 trotz enormem politischem Druck zurückgehalten werden, beschreibt ein exzellenter Kenner der Szene unter dem Pseudonym Sunset. Name und Adresse sind der Redaktion Gigahertz bekannt

Sunset, 19.2.06

Zur TNO Replikationsstudie der Forschungsstiftung Mobilkommunikation liegen die zahlenmäßigen Ergebnisse der Versuche seit Mitte 2005 vor, denn zu jenem Zeitpunkt wurden die Versuche beendet (www.mobile-research.ethz.ch).

Mit Sicherheit wurde ein Zusammenhang zwischen elektromagnetischer Strahlung und körperlichen Symptomen (subjektives Wohlbefinden und kognitive Funktionen) gefunden. Denn wenn kein Zusammenhang zwischen elektromagnetischer Strahlung und Gesundheit nachgewiesen worden wäre, dann wäre der Bericht die einfachste Sache der Welt geworden, nämlich eine Auflistung der Versuchsergebnisse und der in solchen Fällen angemessene Kurzkomentar, nämlich: „Mit der Versuchsanordnung konnte kein Zusammenhang gefunden werden“. Diesen Bericht hätte man nicht weiter interpretieren können, und folglich auch nicht weiter zu begutachten lassen brauchen.

Es ist der Stiftung gelungen, die Ergebnisse seit Mitte 2005 unter Verschluss vor der Öffentlichkeit zu halten. Die Studienergebnisse, sprich die Interpretation der Messungen, seien Ende 2005 fertig gestellt worden (die Fertigstellung war ursprünglich auf Herbst 2005 versprochen worden), und sofort einer wissenschaftlichen Zeitschrift zur Veröffentlichung eingereicht worden. Die Ergebnisse sind der Forschungsstiftung bekannt. Es ist der Industrie gelungen, in das Exekutivorgan der Stiftung, d.h. in den Stiftungsrat, mehrheitlich Beamte des Bundes und des Kantons Zürich (2 ETH bzw. ETH-Institut, 2 Uni bzw. Unispital ZH sowie 1 BAG gegenüber 1 Orange und 1 Umweltschutzarzt) einzubetten. Alle schweigen eisern.

Die lange Dauer bis zur Veröffentlichung der Ergebnisse wird damit begründet, dass die Studienergebnisse einer wissenschaftlichen Fachzeitschrift zur Publikation übergeben worden sind, und dass solche Fachzeitschriften wissenschaftliche Artikel vor der Veröffentlichung durch so genannte „Peers“ begutachten lassen. Als „Peers“ werden anerkannte Wissenschaftler des gleichen Fachgebietes des Artikelautors bezeichnet. Sie arbeiten ausnahmslos anonym und allein im Auftrag der Fachzeitschrift, d.h. die betroffenen Forscher werden nie erfahren, wer sie bzw. ihre Arbeit begutachtet hat (NZZ). Es stellt sich hier nun die

Frage: Gibt es überhaupt irgendwo einen anerkannten Wissenschaftler im Gebiet des Zusammenhangs von elektromagnetischer Strahlung und Gesundheit, der ohne finanzielle Beiträge der Industrie forschen und damit zum anerkannten Wissenschaftler werden konnte?

Die Antwort kann nur nein sein, denn allein das erforderliche Versuchslabor (meist ein Schlaflabor), das elektromagnetisch abgeschirmt sein muss, kostet mehrere CHF 100'000, und die Ausrüstung kostet mindestens nochmals soviel. Es ist demnach nicht plausibel, dass von den Peers, von denen im vorliegenden Fall sogar zwei bis drei ihr Obergutachten abgeben sollen, auch nur einer unbefangenen urteilen kann und wird. Die Studienverfasser mussten also vorausseilend Selbstzensur üben, wenn sie nicht in die peinliche Lage gelangen wollten, dass die Zeitschrift ihre Studie überhaupt nicht veröffentlicht.

Die Studienverfasser durften demnach nur schon aus diesem Grund keine Schlussfolgerungen schreiben, welche gegen die Interessen der gewöhnlichen Sponsoren der „Peers“, sprich gegen die Interessen Mobilfunkindustrie sein könnten. Also sind die Schlusssätze der Studie ein Eiertanz zwischen den mit wissenschaftlichen Methoden gefundenen und schon früher veröffentlichten unwiderlegbaren Wirkungen auf subjektives Wohlbefinden und kognitive Funktionen und der Verneinung jeglicher Bedeutung dieser Wirkungen für die Gesundheit der Bevölkerung. Die Schlusssätze werden wie immer ungefähr so lauten: „...“, aber diese Auswirkungen der Strahlung sind ohne Auswirkungen auf die Gesundheit.“ Als zusätzliches Hindernis hat die Industrie bzw. ihre Forschungsstiftung den Wissenschaftlern die Grenzen der Fragestellung vorgegeben, nämlich nur das subjektive Wohlbefinden und die kognitive Fähigkeiten zu untersuchen, und nichts anderes oder darüber hinaus Gehendes. Diese indirekt und direkt festgelegten Grenzen verbieten den Wissenschaftlern von vornherein ein Urteil über die gesundheitliche Relevanz der Strahlung. Vor allem dürfen die Forscher die wichtigste Frage überhaupt weder stellen noch beantworten, nämlich wie und auf welchem Weg durch den menschlichen Organismus die Strahlung die Auswirkungen ursächlich bewirkt!

Nach demselben Muster wie bei der TNO Replikation kauft die Mobilfunkindustrie seit Jahren mit großem Geldaufwand alle maßgeblichen wissenschaftlichen Kapazitäten der Schweiz zusammen, bzw. beschäftigt sie langfristig mit Aufträgen, deren Forschungsziele sie zuvor selbst eingeschränkt hat. Die industriellen Stifter bestimmen allein die Forschungsthemen und –fragestellungen, da sie überall mindestens einen wesentlichen Teil der Forschungsbudgets beisteuern, durch welche sie das

faktische Vetorecht ausüben, und da sich aus den von ihnen gesponserten Forscherkreisen auch die Peers rekrutieren. Auf diese Weise stellt die Mobilfunkindustrie sicher, dass die Forscher heute und in absehbarer Zeit keine Studien veröffentlichen, aus denen der Zusammenhang zwischen der Strahlung und dem Elektromagnetisch Induzierten Stresssyndrom (EISS) bewiesen werden kann, an welchem zwischen 0,5 und 3 Prozent der Bevölkerung leidet. Die Symptome des EISS sind durch viele Befragungen und Untersuchungen dokumentiert. Die Symptome liegen zwar nicht bei allen Betroffenen in identischer Zusammensetzung und Stärke vor, sind sie jedoch statistisch signifikant ähnlich.

Vor allem wird Zeit geschunden, allein für die Zürcher TNO Replikation seit Vorliegen der originalen niederländischen TNO Studie gegen zwei Jahre. Dennoch wird eines Tages der adäquate Kausalzusammenhang zwischen Strahlung und Gesundheitsschaden rechtlich einwandfrei hergestellt sein, Murphy's Law sei dank, denn „Was schief gehen kann, wird auf Dauer schief gehen“. - Diese als „Forschung“ bezeichneten Propagandaaktionen geschehen übrigens bei den ausführenden Forschern ertrags- und mehrwertsteuerfrei, denn die Forschungsstiftung Mobilkommunikation hat sich beim Steueramt selbst als gemeinnützig angemeldet, und die Industrie kann ihre Beiträge ohnehin als Aufwand abbuchen.

1) Achtung neue Insiderinformation vom 20.2.06 Die Forschungsstiftung Mobilkommunikation, besser bekannt unter dem Namen Institut Dr. Gregor Dürrenberger, ist keine ETH-Institution sondern eine private Stiftung der Mobilfunkbetreiber die sich lediglich in Räumen der ETH eingemietet hat. Anfänglich von Sunrise gegründet, beteiligen sich heute alle Schweizer Betreiber sowie etliche Zulieferfirmen und Handyhersteller an der Finanzierung. Das Budget 2004 soll über 2 Millionen Franken betragen haben.

Siehe auch ältere Beiträge unter:

Offene Fragen zur Replikation der TNO-Studie (unter Forschung und Technik)

<http://www.gigahertz.ch/872>

Offene Fragen zur TNO-Replikation - Die Antworten der Projektpartner (unter Forschung und Technik)

<http://www.gigahertz.ch/873>

Quelle: <http://www.gigahertz.ch/1001>

Bürgerwelle e.V. Dachverband der Bürger und Initiativen zum Schutz vor Elektrosmog 1. Vorsitzender Siegfried Zwerenz, 2. Vorsitzende Barbara Eidling
Postanschrift: Lindenweg 10, D-95643 Tirschenreuth, Tel. 0049-(0)9631-795736, Fax : 0049-(0)9631-795734, E-Mail : pr@buergewelle.de , Internet <http://www.buergewelle.de> Tel. Auskünfte: Barbara Eidling Tel. 0049-(0)8171-18898

=====

GENMODIFIZIERTES SAATGUT

Vom Umweltinstitut München e.V. – Newsletter vom 14. März 2006

Inhalt:

- **Einwendungen gegen Freisetzungsversuche mit gentechnisch veränderten Kartoffeln**
- **Marsch für ein gentechnikfreies Europa in Wien am 5. April**
- **Info-Veranstaltung zu Mobilfunk am 15. März in München um 19 Uhr**
- **Vortrag von Maya Graf, grüne Nationalrätin in der Schweiz, über GEN-freie Landwirtschaft**

Die Technische Universität (TU) München und die Universität Rostock planen Freisetzungsversuche mit gentechnisch veränderten Kartoffeln. Die Kartoffeln der TU enthalten einen erhöhten Anteil des Carotinoids Zeaxanthin und sollen angeblich vor Augenleiden schützen, die nach zu geringem Konsum von Gemüse auftreten können. Die Uni Rostock experimentiert an mit Genen aus dem Cholera-Bakterium, mit einem Virus, der die hämorrhagische Kaninchenkrankheit (Chinaseuche) hervorruft, und mit einem bakteriellen Gen, das die Produktion von Plastik ermöglichen soll.

Das Umweltinstitut München hat Mustereinwendungen gegen diese Freisetzungsversuche erstellt. Sie können die Einwendungen von unserer Homepage herunterladen und unterzeichnen.

Dabei spielt es keine Rolle, wo in Deutschland Sie leben. Bitte schicken Sie die unterschriebenen Einwendungen bis 13.4. bzw. 20.4.06 an uns zurück.

Details und Mustereinwendungen zum Herunterladen:

www.umweltinstitut.org/genkartoffel

Vom 4.-6. April findet in Wien die EU-Konferenz über „gentechnisch veränderte, konventionelle und biologische Feldfrüchte“ statt. Es geht um Rahmenbedingungen für die so genannte Koexistenz – also das Nebeneinander von Gentechnik- und gentechnikfreier Landwirtschaft.

Der „Marsch für ein gentechnikfreies Europa“ soll Zeichen des europaweiten Widerstands gegen gentechnisch veränderte Organismen sein. Am Mi, 5. April marschieren GentechnikgegnerInnen daher zu einer Großdemonstration am Konferenzort. Treffpunkt ist 8 Uhr, Wien-Praterstern (Station der Linien U1, S-Bahn).

Mehr Informationen gibt es im Internet:

www.gmofree-europe.org

Umweltinstitut München e.V., Landwehrstr. 64 a, 80336 München www.umweltinstitut.org
hu@umweltinstitut.org

=====

KRANKHEITEN - METALBOIISCHES SYNDROM

21.02.06

Verkanntes Volksleiden / "Metabolisches Syndrom": Eine ganzheitliche Behandlung könnte Patienten und Kassen viel ersparen

Das gefährliche Quartett aus Übergewicht, Bluthochdruck, hohen Blutfettwerten und erhöhtem Nüchtern-Blutzuckerwert entwickelt sich zum Volksleiden Nr. 1, dem so genannten "Metabolischen Syndrom": Unter der Kombination dieser Erkrankungen leiden nach Expertenschätzungen 20 bis 30 Prozent der Bevölkerung. Ärzte und Patienten betrachten diese Risikofaktoren jedoch noch immer einzeln und nicht als Bündel von Krankheiten, die sich gegenseitig verstärken und zu gefährlichen Herz-Kreislaufstörung und Diabetes führen. Das beklagt Prof. Dr. med. Markolf Hanefeld, Stoffwechselforscher und Endokrinologe aus Dresden, im Gesundheitsmagazin "Apotheken Umschau". Er plädiert dafür, diese Risikofaktoren ganzheitlich zu betrachten. Wünschenswert wäre eine integrierte Versorgung durch Hausärzte und Fachärzte verschiedener Disziplinen und eine abgestimmte Medikamentenversorgung: "Es ließe sich viel Geld sparen, würden mit dem richtigen Medikament mehrere Schwachpunkte zugleich erfasst." Gleichzeitig sollten alle Patienten dazu angeregt werden, ihre Ernährung umzustellen und sich mehr zu bewegen - die einfachste und beste Prävention für dieses Volksleiden.

Das Apothekenmagazin "Apotheken Umschau" 2/2006 B Mehr Presstexte auch online:

www.GesundheitPro.de

Originaltext: Wort und Bild - Apotheken Umschau

Digitale Pressemappe: [http://presseportal.de/URL steht nicht mehr zur Verfuegung./story.htx?firmaid=52678](http://presseportal.de/URL%20steht%20nicht%20mehr%20zur%20Verfuegung./story.htx?firmaid=52678)

Anmerkung Scherrmann: Noch mehr Geld koennte man sparen, wenn die Patienten dazu angeregt wuerden, ihren Schadstoffinput zu reduzieren.

=====

KURZINFO aus unterschiedlichen Quellen

14.03.2006

Neue Option bei Angststörung

Für das GABA-Analagon Pregabalin (Lyrica®) wird in Kürze die Zulassungserweiterung für generalisierte Angststörungen bei Erwachsenen erwartet. Das hat das Unternehmen Pfizer mitgeteilt. <http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=396661,4437./medizin/angst>

Anmerkung Scherrmann: Da bei vielen Kranken mit MCS faelschlicherweise eine generalisierte Angststoerung diagnostiziert wird, ist anzunehmen, dass diesen Kranken in Zukunft u.a. auch

Pregabalin verschrieben wird. Ich wuerde gerne eine kleine Statistik ueber solche Faelle anlegen und sie (natuerlich anonym) auf meine site "Zeitdokumente" stellen. Insofern bin ich dankbar, wenn Sie sich mit mir in Verbindung setzen, falls Sie einen Beleg fuer so ein Vorgehen haben.

06.03.06

Abgase machen Pollen aggressiv - Pollenallergiker haben es in Städten schwerer Baierbrunn (ots) - In Städten gibt es mehr Pollenallergiker als auf dem Land. Als Ursache dafür vermuten Wissenschaftler, dass Abgase die Struktur der Pollen verändern und sie aggressiver machen, berichtet das Gesundheitsmagazin "Apotheken Umschau". So können Birken in Städten Pollen mit mehr Allergenen produzieren als auf dem Land. Eine zusätzliche Belastung stellen für Allergiker Auspuffgase, Dieselruß und Feinstaub dar. Sie beeinflussen das Immunsystem. Forscher wie der Toxikologe Dr. Jeroen Buters vom Zentrum für Allergie und Umwelt (ZAUM) der Technischen Universität München nehmen an, dass die Umweltschadstoffe die Ausschüttung von Histamin begünstigen. Dieser Botenstoff ist wesentlich an der allergischen Reaktion beteiligt. www.GesundheitPro.de > Button Presse-Service (Fußleiste) http://presseportal.de/URL/steht_nicht_mehr_zur_Verfuegung./story.htx?firmaid=52678

21.02.2006

EU besteht auf Tabakwerbeverbot

Die EU-Kommission will Deutschland zwingen, die Bestimmungen des europäischen Tabakwerbeverbots einzuhalten.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=393038,4402./medizin/rauchen>

17.02.06

Ohne Gift - rein in die gesunden Klamotten. Frühling ist Modezeit. Kleider, Blusen, T-Shirts, Jacken und Hosen aus natürlich hergestellten Stoffen ohne giftige Rückstände haben mittlerweile die Pariser Laufstege erobert. Designer aus aller Welt zeigen, dass Ökomode schon lange nichts mehr mit groben Stoffen und schlechten Schnitten zu tun hat. URL steht nicht mehr zur Verfügung.

16.02. 2006

Genmutationen erhöhen Risiko für schwere Malaria

Berlin – Genmutationen, die das Immunsystem betreffen, erhöhen offenbar das Risiko für einen schweren Verlauf einer Malariainfektion bei Kindern in Afrika. Das berichtet eine Arbeitsgruppe ...
[mehr]

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=16298&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

Krebs: Zahl der Sterbefälle gesunken, aber mehr Neuerkrankungen

Berlin - Die Zahl der Krebstoten in Deutschland ist gesunken: Sie betrug im Jahr 2002 rund 209.000, im Jahr 1998 lag sie bei 212.000. Gestiegen ist dagegen die Zahl an Krebsneuerkrankungen. ...
[mehr]

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=16306&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

13.02.2006

Maximalverbot für Englands Raucher. Mit Genugtuung haben Ärzte und Gesundheitsverbände auf das totale Rauchverbot in England reagiert. Seine "historische Entscheidung" hatte das britische Parlament mit überwältigender Mehrheit am Dienstagabend getroffen.

http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=392624,4396./politik/gesundheitsystem_and

Anmerkung Scherrmann: Ob es irgendwann in Deutschland so ein Gesetz geben wird?

=====

LAERM

13.02.2006

Wie bitte? GBE-Heft 29 zu Hörstörungen und Tinnitus erschienen

Laute Musik, Rasenmäher, Heimwerken, Spielzeuge, Feuerwerkskörper, Sport- und Gaststätten – die Ursachen von Lärmbelastung in der Freizeit sind vielfältig. Gehör schädigend wird Schall bei anhaltend hohen Schallpegeln (Dauerlärm) oder in Form von Knallereignissen. Hörstörungen und Tinnitus sind Thema des soeben erschienenen 29. Heftes der Gesundheitsberichterstattung (GBE). Auf gut dreißig Seiten gewinnt der Leser rasch eine fundierte Übersicht über die verschiedenen Aspekte: frühkindliche Schwerhörigkeit, Hörschäden durch Lärm, Schwerhörigkeit im Alter, Hörsturz, Tinnitus (Ohrgeräusche), die Gesundheitsversorgung durch Hals-Nasen-Ohrenärzte sowie die Hörgeräteversorgung.

Über rein kommunikative Probleme hinaus kann Schwerhörigkeit zu kognitiven Verarbeitungs- und Funktionsstörungen führen, zu sozialer Isolierung, reduziertem Selbstvertrauen, Verlust an individueller Unabhängigkeit und Depressionen. Die Folge sind Einschränkungen im privaten und beruflichen Bereich mit erheblichen Einbußen an Lebensqualität. Ähnliche Folgen können auch beim Tinnitus auftreten. Im Vergleich zur Schwerhörigkeit treten beim Tinnitus jedoch häufiger zusätzlich therapiebedürftige psychosomatische Störungen auf.

Neben der Schwerhörigkeit im Alter sind Hörstörungen durch Lärmbelastungen in der Freizeit und am Arbeitsplatz am häufigsten. Noch immer ist die berufliche Lärmschwerhörigkeit die häufigste anerkannte Berufskrankheit. Die Gründe liegen unter anderem an der mangelnden Kennzeichnung der entsprechenden Arbeitsbereiche, aber auch am inkonsequenten Gebrauch von Gehörschutz. Die Belastung durch Umwelt- und Freizeitlärm hat in den vergangenen Jahrzehnten stark zugenommen, neben den Auswirkungen auf das Gehör können Schlafstörungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie Störungen des Magen- und Darmtraktes die Folge sein. Im Freizeitbereich stellt neben zu lauter Musik in Diskotheken der Gebrauch von Kopf- und Einsteckhörern - beim langen Hören von lauter Musik - eine besonders starke Gefährdung dar, die bei vielen Jugendlichen zu Hörschäden führt. Unterschätzt wird auch die Gefahr durch Knallereignisse. Spielzeugwaffen mit Knallplättchen können bei ohrnaher Zündung ebenso wie Feuerwerkskörper so hohe Spitzenpegel erreichen, dass bereits ein einziger Knall zu einem dauerhaften Hörschaden führen kann.

Im Kindesalter hat ein intaktes Gehör eine große Bedeutung für die Hör- und Sprachentwicklung. Frühkindliche Schwerhörigkeit hat vielfältige Ursachen, sie kann zum Beispiel durch eine Röteln- oder Zytomegalievirus-Infektion der Mutter während der Schwangerschaft entstehen. Bei fast der Hälfte der schwerhörigen Kinder lagen jedoch keine der bekannten Ursachen bzw. Risiken vor. Unterschiedliche Datenquellen zeigen, dass kindliche Hörstörungen in Deutschland oft sehr spät erkannt werden. Das Robert Koch-Institut, das die Gesundheitsberichterstattung des Bundes in Kooperation mit dem Statistischen Bundesamt durchführt, veröffentlicht regelmäßig Themenhefte.

Das GBE-Heft „Hörstörungen und Tinnitus“ ist auch im Internet abrufbar (www.rki.de) und kann kostenlos schriftlich angefordert werden: Robert Koch-Institut, GBE, Seestraße 10, 13353 Berlin, E-Mail: gbe@rki.de, Fax: 01888-754-3513.

Herausgeber: Robert Koch-Institut, Nordufer 20 D-13353 Berlin www.rki.de
E-Mail: presse@rki.de

=====

TERMINE

Nochmal ein Hinweis zu:

10. Frankfurter Kolloquium "umwelt und gesundheit" vom: 17.03.2006 – 19.03.2006 in Frankfurt, im Ökohaus, Kasseler str. 1a

das vollständige Programm und alle erforderlichen Informationen finden Sie unter: www.iak-rhein-main.de

Infos zum Stand der Dinge koennen Sie abrufen unter: info@iak-rhein-main.de (Peter Wenz).

Programm, u.a.:

Die Ergebnisse der PISA-Studien - auch eine Folge neurotoxisch-wirkender Umwelttoxine? Wolfgang Krug | (ehem. Schulleiter)

Steht die Gesundheit der Kinder zur Disposition? Vom Umgang mit Schadstoffen in belasteten Schulen Dagmar v. Lojewski- Paschke
Umweltgeschädigte Patienten in der Allgemein-Praxis. Dr. Peter German
Chancen & Möglichkeiten für umweltkranke Patienten. Kurative Umweltmedizin anhand einer ausführlichen Falldarstellung " Dr. Frank Bartram
Innenraumschadstoffe - Schäden im Immun- und Nervensystem Prof. Wolfgang Huber
Umweltschadstoffe - Nachweise über Atemgasanalyse Prof. Holm Bleyer

5. Rheinland-Pfälzisch-Hessisches Mobilfunksymposium der BUND Landesverbände Rheinland-Pfalz und Hessen

Samstag, 22. April 2006 im Erbacher Hof in Mainz, 9.30 Uhr bis 17.00 Uhr
Dr. med. Gerd Oberfeld, Amt der Salzburger Landesregierung, Landessanitätsdirektion, Referat Gesundheit, Hygiene und Umweltmedizin. Gesundheitliche Wirkungen von Sferics
Priv. Doz. Dr. med Wilfried Bieger, ANT OX Verwaltungs GmbH & Co. KG Die Rimbachstudie: Labormedizinische Ansätze zum Nachweis biologischer Wirkungen
Dr. Guido Zimmer, Klinikum der Johann Wolfgang-Goethe-Universität (Frankfurt am Main): Zusammenführung von epidemiologischen und Tier-/Zellexperimenten
Dr. Dietrich Moldan, Dr. Moldan Umweltanalytik: Wirksamkeit von Abschirmmaterialien
Heike-Solveig Bleuel, Naturorientierte Vorsorge und Schadstoffberatung, NaVoSCH: Didaktisch und methodische Tipps zum Thema Handys im Unterricht
Dr. H.-Peter Neitzke, ECOLOG-Institut für Sozial-Ökologische Forschung und Bildung: Die Grenzwertfrage im NF/HF-Bereich
Dr. med. Gerd Oberfeld, Amt der Salzburger Landesregierung Landessanitätsdirektion Referat Gesundheit, Hygiene und Umweltmedizin:
Ausgewählte epidemiologische und experimentelle Untersuchungen bei Mobilfunksendeanlagen
Dr. med. Andreas Roche, Britta Glaß, Joachim Gertenbach, BUND und Verband Baubiologie Dosis und Wirkung: Medizin, Statistik und Meßtechnik
Podiumsdiskussion

Internationaler Kongreß 20 Jahre nach Tschernobyl – Erfahrungen und Lehren für die Zukunft

3. bis 5. April 2006 In der Charité, 10117 Berlin-Mitte Luisenstraße, Hochhaus, Großer Hörsaal

Der Kongreß behandelt und stellt dar das Strahlenrisiko und die gesundheitlichen und sozialen Auswirkungen und Probleme der Bevölkerung in der Ukraine, in Weißrußland, Rußland und in Europa insgesamt sowie die der Katastrophenhelfer (Liquidatoren) nach Tschernobyl:

- Das vermehrte Auftreten von Krebs, Leukämien, Schilddrüsenerkrankungen, Stoffwechselstörungen, Nervenschäden, Geisteskrankheiten, Fehlbildungen und Frühgeburtlichkeit, Säuglingssterblichkeit und genetische Konsequenzen.
- Ergebnisse der Zellforschung, Veränderungen in der Landwirtschaft und an Nutztiere
- Soziale und technische Folgerungen und strukturelle Hintergründe.

Wir dürfen drei sehr informative und spannende Tage erwarten mit:

Prof. Dr. Yuri Antipkin, Institut für Pädiatrie, Geburtshilfe und Gynäkologie, Akademie der Medizinischen Wissenschaften der Ukraine, Kiew
Prof. Dr. Rolf Bertram, JFB – Institut für Forschung und Bildung, Göttingen
Prof. Dr. Elena Burlakova, Institute of Biochemical Physics, Russian Academy of Sciences, Moskau
Dr. Chris Busby, University of Liverpool, Dept. of Human Anatomy and Cell Biology, and Green Audit, Aberystwyth
Prof. Dr. Anatoly Cheban, Kiew
Dr. Pavlo Fedirko, Scientific Center of Radiation Medicine of Academy of Medical Sciences of Ukraine, Kiew
Prof. Dr. Valeriy Glazko, Institute of Agriecology and Biotechnology UAAS, Kiew-Novoselki, Ukraine

Prof. Dr. Alexandr Glushchenko, N. I. Vavilov Institute of General Genetics, Russian Academy of Sciences, Moskau
 Prof. Dr. Danylo F. Gluzman, R. E. Kavetsky Institute of Experimental Pathology, Oncology and Radiobiology, National Academy of Sciences of Ukraine, Kiew
 Cornelia Hesse-Honegger, Schweiz
 Prof. Dr. Wolfgang Hoffmann, Institut für Community Medicine /VC, Abt. Versorgungsepidemiologie und Community Health, Ernst-Moritz-Arndt Universität Greifswald
 Dr. Nina Kholodova, Russian Research Center of Roentgenology and Radiology, Moskau
 Ivan Kirimov, Staatliche Rayonverwaltung Ivankov, Ukraine
 Prof. Dr. Wolfgang Köhnlein, Gesellschaft für Strahlenschutz, Havixbeck
 Dr. Alfred Körblein, Nürnberg
 Dr. Wolfgang Körner, Kurort Hartha
 Dr. Nina Kuzmina, N. I. Vavilov Institute of General Genetics, Russian Academy of Science, Moskau
 Prof. Dr. Malko, Joint Inst. of Power and Nucl. Res., Nat. Acad. Sc. Belarus, Minsk
 Prof. Dr. Vladislav Mironow, International Sakharov Environmental University, Minsk
 Dr. Tatjana Mokhort, Belorussisches Endokrinologisches Beratungszentrum, Minsk
 Prof. Dr. Mozsa, Semmelweis-Universität Budapest
 Prof. Dr. Angelina Nyagu, Kiew
 Prof. Dr. A. E. Okeanov, International Sakharov Environmental University (ISEU) Minsk
 Dr. Sebastian Pflugbeil, Gesellschaft für Strahlenschutz, Berlin
 Dr. Nina Ryabchenko, Institute of Experimental Pathology, Oncology and Radiobiology of NAS of Ukraine, Kiew
 Dr. Hagen Scherb, GSF-Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit, Institut für Biomathematik und Biometrie, München
 Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake, Gesellschaft für Strahlenschutz, Köln
 Prof. Dr. Karl Sperling, Charité, Berlin
 Prof. Dr. Igor Suskov, N. I. Vavilov Institute of General Genetics, Russian Academy of Sciences, Moskau
 Dr. Konstantin Tschetscherov, Kurtschatovinstitut, Moskau
 Volodimir Usatenko, Berater des Ukrainischen Parlaments für Tschernobylfragen, Kiew
 Prof. Dr. Alexej Yablokov, Centre for Russian Environmental Policy, N. K. Koltzoff Institute of Development Biology, Russian Academy of Sciences, Moskau
 Dr. Ludmila Zhavoronkova, Institute of Higher Nervous Activity and Neurophysiology, Russian Academy of Sciences, Moskau

Anmeldung und Information: Gesellschaft für Strahlenschutz e.V.
 c/o Thomas Dersee Waldstr. 49 D-15566 Schöneiche bei Berlin Email:
thomasdersee@strahlentelex.de
 Programmflyer auch ueber Schermann@safer-world.org

=====

VEROEFFENTLICHUNGEN

Zur Validität von Fragebögen der psychologisch-psychiatrischen Diagnostik bei Personen, die gegenüber neurotoxischen Schadstoffen exponiert sind oder waren
 Anke Bauer und Eberhard Schwarz
 Zusammenfassung

Die Items (Symptomnennungen) eines psychopathologischen diagnostischen Fragebogens - der SCL-90-R - wurden mit dem Auftreten derselben Items in fünf Fragebögen zur Erfassung von neurotoxischen Effekten verglichen (=FBneurotox). Die größte Übereinstimmung konnte für die SCL-90-R Skala 1. "Somatisierung" beobachtet werden (50-92 % Übereinstimmung). Weitere Überschneidungen konnten für die Skala 2. der SCL-90-R "Zwanghaftigkeit" (20-30 %), die Skala 4. "Depressivität" (23-54 %) und die Skalen 5. und 6. "Ängstlichkeit" und "Aggressivität" (10-20 % bzw. 0-17 % Übereinstimmung) festgestellt werden. Dagegen kamen die Items der Skalen 3., 7. und 8. der SCL-90-R "Unsicherheit im Sozialkontakt", "Phobische Angst" und "Paranoides Denken" in keinem der FBneurotox vor (0 % Übereinstimmung). Von den Items der Skala 9. der SCL-90-R "Psychotizismus" kam nur eines in einem der FBneurotox vor. Dementsprechend ist bei Personen, die nach Expositionen gegenüber neurotoxischen Schadstoffen über Krankheitssymptome klagen, theoretisch insbesondere eine deutliche Erhöhung in der Skala 1. der SCL-90-R "Somatisierung" zu erwarten.

Ebenfalls erhöhte Scores können in den SCL-90-R Skalen 2. "Zwanghaftigkeit" und 4. "Depressivität" und weniger ausgeprägt in den SCL-90-R Skalen 5. "Ängstlichkeit" und 6. "Aggressivität" auftreten. Die Ergebnisse dieses Item-Vergleichs stellen die Verwendung von psychometrischen Fragebogen bei schadstoffbelasteten Kollektiven als diagnostische Instrumente deutlich in Frage. Mögliche Fehldiagnosen scheinen insbesondere Somatisierungsstörungen, Zwangsstörungen, Depressionen und Angststörungen zu betreffen.

Autoren: Dr. rer. nat. Anke Bauer (korrespondierender Autor), Dr. med. Eberhard Schwarz, Fachkrankenhaus Nordfriesland, Krankenhausweg 1-3, 25821 Bredstedt, E-Mail: dr-anke-bauer@web.de

Anmerkung Scherrmann: Dank an Bauer und Schwarz, dass sie diese Thematik untersucht haben, dank fuer ihre eindeutige Stellungnahme. Der Artikel ist zu lesen in umwelt-medizin-gesellschaft 19 (1): 43-49.

=====

ZEITSCHRIFTEN

Umwelt-Medizin-Gesellschaft 19. Jahrgang, **Ausgabe 1/2006**, S. 1-84 **Schwerpunkt: Agrogentechnik**

Inhalt u.a:

- A. von Beesten: **Gentechnik in Landwirtschaft und Ernährung - Kein Thema für Ärzte?**
- B. Tappeser und A-K. Hoffmann: **Zum zentralen Dogma der Molekularbiologie fünfzig Jahre nach der Entdeckung der DNA-Struktur**
- K. Moch: **Das unterschätzte Risiko. Interviews mit neun WissenschaftlerInnen zum Thema gentechnisch veränderter Pflanzen**
- D. Ammann: **Das Vorsorgeprinzip - Stellenwert und Konkretisierung**
- W. Reuter: **Pestizide in Lebensmitteln - Höchstmengenfestlegung und Belastung**
- A. Bauer und E. Schwarz: **Zur Validität von Fragebögen der psychologisch-psychiatrischen Diagnostik bei Personen, die gegenüber neurotoxischen Schadstoffen exponiert sind oder waren (Wissenschaftlicher Originalbeitrag) (siehe oben)**
- U. Diez und K. E. von Mühlendahl: **Leitlinie Inhalative Schimmelpilzbelastung**
- J. Mutter, J. Naumann, R. Schneider, H. Walach und B. Haley: **Quecksilber und Autismus: Zunehmende Beweise?**
- W. Huber und W. Krahn-Zembo: **Krank durch den Beruf - Stolpersteine zur Anerkennung Mehr als eine Gerechtigkeitslücke**

umwelt-medizin-gesellschaft. Erscheint vierteljährig; Umfang je Ausgabe ca. 80 S. Einzelpreis: € 10,- incl. MwSt. zzgl. Versand.

Abonnement: € 38,-, Ausland € 45,- incl. MwSt. und Versand.

Bestellungen und Probehefte: Umwelt – Medizin – Gesellschaft, Fedelhöfen 88, D – 28203 Bremen

Tel.: 0421/498 42 51, Fax: 0421/498 42 52

E-Mail: info@umg-verlag.de

Internet: <http://www.umwelt-medizin-gesellschaft.de>

Strahlenteöex mit Strahlentelex

Unabhängiger Informationsdienst zu Radioaktivität, Strahlung und Gesundheit

Maerz 2006: Inhalt u.a.:

Abgereichertes Uran (DU) aus dem Irakkrieg wurde mit Luftströmungen womöglich auch über Europa verteilt. In England wurde ein Anstieg der Urankonzentration in der Luft nach dem 19. März 2003 dokumentiert.

Kernwaffentestung: Die Physikalisch Technische Bundesanstalt konnte bei Ohrdruf in Thüringen keine Spuren von „Hitlers Bombe“ finden. Sie meint jedoch, ein Gegenbeweis zum vermuteten Kernwaffentest am Ende des 2. Weltkrieges sei das nicht.

Atommüll-Lager: Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow- Dannenberg fordert, die von Bruno Thomauske verantworteten Genehmigungsverfahren für Atomanlagen neu aufzurollen. Der Grund: Sein Wechsel vom BfS zur Atomindustrie.

Atomwirtschaft: Uran reicht höchstens noch bis 2070. Einen aus Klimaschutzgründen erhöhten Bedarf könnten die bekannten Uranvorräte nicht befriedigen. Sie wären dann schon 2026 erschöpft. Zu diesem Ergebnis kommt Peter Diehl in einer Studie für Greenpeace.

Die Internationale Strahlenschutzkommission (ICRP) hat quantitative Angaben über die gesundheitlichen Folgen gemacht, die bei Exposition einer Bevölkerung mit niedrigen Strahlendosen zu erwarten sind. Sie wurden von den Befunden bei den japanischen Atombombenüberlebenden abgeleitet und beziehen sich auf drei Gruppen von Effekten:

1. genetische Erkrankungen bei den Nachkommen,
2. Krebssterblichkeit,
3. Entwicklungsstörungen durch Exposition im Mutterleib.

Zahlreiche Beobachtungen in kontaminierten Regionen zeigen, daß die ICRP-Risikofaktoren die Schäden durch chronische Niederdosisbestrahlung

Nach Inkorporation radioaktiver Strahler um Größenordnungen unterschätzen.

Alternativ werden die Abschätzungen des European Committee of Radiation Risks ECRR empfohlen.

Die folgenreichsten Strahlenschäden durch Radioaktivität – genetische Schäden bei den Nachkommen bestrahlter Eltern - waren bereits in den

1920er Jahren durch den späteren Nobelpreisträger Herman Joseph Muller entdeckt worden. Er schloß aus seinen Beobachtungen bei der Taufeliege, daß auch geringe Strahlendosen und somit auch die natürliche Umgebungsstrahlung mutagen sind. In den 1930er Jahren entwickelte sich bereits die Auffassung, daß Krebs infolge einer Zellmutation entsteht, einer „somatischen“ Mutation, und von einer einzigen derart transformierten Zelle ausgeht. Daher schloß Muller, daß es auch für strahleninduzierten Krebs keinen unschädlichen Dosisbereich gibt [1].

Die internationale Strahlenschutzkommission ICRP entwickelte daraus später den Begriff des „stochastischen“ Strahlenschadens. Wird ein großes Kollektiv mit einer geringen Dosis bestrahlt, läßt sich nicht vorhersagen, bei

Übersicht zu den Langzeitfolgen von chronischer Niederdosisbestrahlung. Beitrag zur internationalen PLAGE-Konferenz (Plattform gegen Atomgefahren) für ein fortschrittliches Nuklear-Völkerrecht in Salzburg vom 20.-23.Oktober 2005

Von Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake, Köln, Gesellschaft für Strahlenschutz e.V.

Erhöhtes Risiko für Kinderleukämie durch niederfrequente Magnetfelder

Über einen Zeitraum von mehr als fünf Jahren untersuchte eine amerikanische Wissenschaftlergruppe Kinder mit Akuter Lymphatischer Leukämie. Sie wollten herausfinden, wie die Überlebensrate der erkrankten Kinder nach mehreren Jahren war und ob es eine Beziehung zwischen erhöhten Magnetfeldern und dadurch bedingt geringerer Heilungschance gibt. Dies ist die erste Untersuchung, die Kinderleukämiefälle und Magnetfeldbelastung über einen längeren Zeitraum untersucht hat. ...

Deutscher Teil der Interphone-Studie

Das deutsche Zwischenergebnis der Studie, die sich mit der Entwicklung von Hirntumoren befasste, ergänzt die Ergebnisse

der englischen Untersuchung: bei mehr als 10-jähriger Nutzung des Mobilfunks besteht ein erhöhtes Risiko.

Strahlentelex mit ElektrosmogReport

Unabhängiger Informationsdienst zu Radioaktivität, Strahlung und Gesundheit

ISSN 0931-4288 www.strahlentelex.de Nr. 460-461 / 20.Jahrgang, 2. März 2006 Alle Artikel koennen unter www.abstractnow.com durch Abonnenten kostenlos und durch Nichtabonnenten mit einem Unkostenbeitrag heruntergeladen werden.

=====

Ingrid Scherrmann: Erfahrungen und ein paar Ueberlegungen im Zusammenhang mit der Landtagswahl in Baden-Wuerttemberg

Letzten Freitag sprach ich auf dem Ochsenhausener Wochenmarkt mit Oswald Metzger, dem Kandidaten der Gruenen in meinem Wahkreis. Zugegeben, es war vielleicht nicht so klug, den ehemaligen haushaltspolitischen Sprecher und Obmann im Finanzausschuss der Gruenen ausgerechnet auf Schadstoffbelastete Schulen anzusprechen.

Aber nachdem ich ihm meine Enttaeuschung kundtat, dass die Gruenen so wenig fuer die Aufklaerung bzgl. der Zusammenhaenge von Schadstoffen und Krankheiten taetig sind, und z. B. in Baden-Wuerttemberg wenig interessiert seien, das Problem "Schadstoffbelastete Schulen" und "Innenraumbelastungen" wahrzunehmen, äusserte er sich in etwa so: "Meine Frau arbeitet in der Psychiatrischen Klinik in Bad Schussenried. So weiss ich, dass die Menschen eher aus Angst vor den Schadstoffen als von den Schadstoffen selber krank werden"

Mit dieser und vielen anderen aehnlichen Erfahrungen mit "Gruenen" und "GruenenwaehlerInnen" frage ich mich,

- warum es so viele Gruene gibt, die Krankheiten als psychisch bedingt ansehen und nicht als Schadstoffinduziert,
- warum unter der Mitregierung der Gruenen die Psychiatrisierung von Kranken mit SIKs (Schadstoffinduzierten Krankheiten) so zunehmen konnte,
- warum die Gruenen nicht erkennen, dass diese Psychiatrisierung ganz bewusst und mit System von der Chemieindustrie in Gang gebracht wurde,
- warum die Gruenen sich in diesem Bereich nicht von der Mainstreamdenke absetzen,
- warum die Gruenen bzgl. SIKs - wie andere Parteien auch - ein meines Erachtens ziemlich grosses Wissensdefizit bzgl. SIKs haben,
- warum die Gruenen sich nicht bemuehen, dieses Wissensdefizit zu beheben,
- warum die Gruenen beim Umweltschutz den Menschenschutz wenig mit einbeziehen,
- warum die Innenraumschadstoffe von den Gruenen unzureichend thematisiert wurden,
- warum auch ein vormals finanzpolitischer Sprecher wohl nicht erkennt, dass die Fehldiagnosen und Fehltherapien von SIKs einen grossen Anteil daran haben, dass unser Gesundheitssystem immer teurer wird,
- usw.

Koennte eine Ursache sein, dass es bei den Gruenenmitgliedern und GruenenwaehlerInnen ganz besonders viele PsychologInnen und TherapeutInnen gibt, die gerade aufgrund dieses Wissensdefizits ihre Broetchen verdienen? Und dass es viele Gruenenmitglieder und GruenenwaehlerInnen gibt, die von der psychologischen Sichtweise fasziniert sind?

A propos Wissensdefizit: Gerade bekam ich mal wieder rein:

Environ Health Perspect. 2003 Sep;111(12):1490-7

A review of a two-phase population study of multiple chemical sensitivities.

Caress SM, Steinemann AC

State University of West Georgia, Pafford Building Room 121, 1601 Maple Street, Carrollton, GA 30118, USA. scaress@westga.edu

In this review we summarize the findings of a two-phase study of the prevalence, symptomatology, and etiology of multiple chemical sensitivities (MCS). We also explore possible triggers, the potential linkage between MCS and other disorders, and the lifestyle alterations produced by MCS. The first phase of the study consisted of a random sampling of 1,582 individuals from the Atlanta, Georgia, metropolitan area to determine the reported prevalence of a hypersensitivity to common chemicals. In this phase, 12.6% of the sample reported a hypersensitivity. Further questioning of individuals with a hypersensitivity indicated that 13.5% (1.8% of the entire sample) reported losing their jobs because of their hypersensitivity. The second phase was a follow-up questioning of the respondents who initially reported hypersensitivity. In this phase, we found that individuals with hypersensitivity experience a variety of symptoms and triggers. A significant percentage (27.5%) reported that their hypersensitivity was initiated by an exposure to pesticides, whereas an equal percentage (27.5%) attributed it to solvents. **Only 1.4% had a history of prior emotional problems, but 37.7% developed these**

problems after the physical symptoms emerged. This suggests that MCS has a physiologic and not a psychologic etiology.

"Nur 1,4 % von Menschen mit Chemikalien-Ueberempfindlichkeiten hatten **vor** dieser Krankheit "emotionale Probleme". Aber 37,7 % entwickelten diese Probleme, **nachdem** sich die physischen Symptome einstellten."

Es ist ja auch kein Wunder, dass nach Fehldiagnosen und Fehltherapien **als deren Folge** psychische Probleme auftreten koennen.

Ich habe beim Arbeitskreis "Schulen" der Gruenen vor 11 Jahren 5 Minuten ueber das Problem "Schadstoffbelastete Schulen" referieren duerfen. Ich habe in den folgenden Jahren mehrmals die betreffenden Referenten angeschrieben. Ausser einem kurzen Antwortschreiben kam keine Reaktion.

=====
POLITIK - BEHOERDEN
=====

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Pressestelle

München, 13. Februar 2006

**Bernhard: Allergien sind Volkskrankheit Nr. 1
Immer mehr Menschen leiden unter Allergien. Dies erklärte Bayerns Gesundheits-
Staatssekretär Otmar Bernhard heute in München zur Allergie-Prävention.**

"Bundesweit sind 20 Millionen Menschen allergiekrank"

Immer mehr Menschen leiden unter Allergien. Dies erklärte Bayerns Gesundheits-Staatssekretär Otmar Bernhard heute in München zur Allergie-Prävention zusammen mit Johannes Ring (Klinik für Allergologie der TU München), Heidrun Behrendt (Zentrum Allergie und Umwelt) sowie Erika von Mutius (Haunersches Kinderspital der LMU München). Bernhard: "Allergien haben sich zur Volkskrankheit Nr. 1 entwickelt. Ein Viertel der Bundesbürger, also mehr als 20 Millionen Deutsche sind Allergiker. Die Hälfte davon leidet an Pollenallergie. Aber auch bereits jedes fünfte Schulkind leidet an einer allergischen Erkrankung." Die Bayerische Staatsregierung hat die Allergieproblematik frühzeitig erkannt, die Forschung zu Umwelt und Gesundheit seit 1991 mit rund 15 Millionen Euro unterstützt und das weltweit einmalige Zentrum Allergien und Umwelt mit 2,5 Millionen Euro errichtet. Für die Entstehung allergischer Erkrankungen sind neben genetischen Faktoren auch Umweltschadstoffe und Lebensstileinflüsse von Bedeutung. Um Allergien vorzubeugen empfehlen Experten, Babys länger als 4 Monate zu stillen, eine Beikost erst nach dem vollendeten 4. Lebensmonat einzuführen, das Baby vor Zigarettenqualm zu schützen, und dies bereits während der Schwangerschaft.

Die Lebensqualität von Allergie-Patienten ist nach den Worten Bernhards erheblich beeinträchtigt - und das bereits bei scheinbar leichteren Krankheitsformen, wie dem Heuschnupfen. Viele allergische Hauterkrankungen gehen infolge des quälenden Juckreizes (Neurodermitis) mit einem hohen Leidensdruck einher und können zu erheblichen Einschränkungen im Alltagsleben der Betroffenen und deren Familien führen. Allergien haben sich zu einer der bedeutendsten gesundheitlichen Herausforderungen unserer Gesellschaft entwickelt. Allergische Erkrankungen werden dadurch nach den Worten Bernhards auch zum Kostenfaktor im Gesundheitswesen. Für Europa werden die Gesamtkosten für allergische Erkrankungen auf 29 Milliarden Euro geschätzt, davon fallen allein auf Asthmaerkrankungen 22 Milliarden Euro und auf Heuschnupfen 3 Milliarden Euro.

Weitere Informationen: <http://www.gesundheit.bayern.de>

Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz - www.stmugv.bayern.de

Anmerkung Scherrmann: Viele Kranke mit Chemikalien-Unverträglichkeiten hofften, an diesem Zentrum adäquate Hilfestellungen zu bekommen. Mir ist kein Fall bekannt, wo dies der Fall war.

=====
BUNDESTAG

Berlin: Mi, 15.03.2006

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit **UMWELTAUSSCHUSS STIMMT VERORDNUNG ÜBER IMMISSIONSWERTE ZU**

Berlin: (hib/SUK) Der Umweltausschuss hat am Mittwochvormittag einer Verordnung der Bundesregierung über Immissionswerte für Schadstoffe in der Luft (16/574) bei Enthaltung der Linksfraktion zugestimmt.

Die Union betonte, mit der Verordnung würde das Ziel, Schadstoffe in der Luft zu verringern, erreicht. Die Anpassung der Regelungen an das EU-Recht sei "überfällig". Auch die SPD-Fraktion sprach sich für die Verordnung aus.

Obwohl es wünschenswert gewesen wäre, wenn in der Verordnung nicht nur Grenz- sondern auch Zielwerte für Luftschadstoffe definiert würden, sei das Erreichte begrüßenswert. Während die Fraktionen von FDP und Bündnisgrünen ebenfalls betonten, die Verordnung verbessere den Gesundheitsschutz, kritisierte die Linksfraktion, dass die Frage der Sanktionen bei der Überschreitung der Zielwerte nicht geklärt sei. Kostengesichtspunkte würden in der Verordnung überwiegen und der Gesundheitsschutz damit zur Disposition gestellt.

Berlin: Mi, 08.03.2006

Ausschuss für Gesundheit **BREITE UNTERSTÜTZUNG FÜR NICHTRAUCHERGESETZ**

Berlin: (hib/MPI) Unter den Gesundheitspolitikern des Bundestages gibt es viel Sympathie für ein Nichtrauchergesetz. Dies wurde am Mittwoch bei der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit deutlich, in der sich die neue Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Sabine Bätzing (SPD), vorstellte.

Lediglich die FDP-Fraktion trat vehement für eine freiwillige Selbstverpflichtung etwa des Hotel- und Gaststättengewerbes ein. "Es geht nicht einfach durch Verbote", hoben die Abgeordneten hervor. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen regte an, dass der Gesundheitsausschuss mit gutem Beispiel vorangehen und sich für einen rauchfreien Bundestag stark machen solle.

Die neue Drogenbeauftragte sagte, eines ihrer Hauptanliegen sei, den Tabakkonsum zu verringern. Wichtig sei vor allem eine frühe Prävention. "Es reicht nicht aus, dass es in der neunten Klasse zwei Stunden zu den Gefahren des Rauchens gibt", betonte Bätzing.

Bereits in Kindergarten und Grundschule müsse mit einer entsprechenden Gesundheitsaufklärung begonnen werden. Diese müsse sich "wie ein roter Faden" durch die Schulzeit der Kinder und Jugendlichen ziehen.

Auch das Projekt "Rauchfreie Schule" werde von ihr unterstützt, es falle aber in die Zuständigkeit der Länder, sagte die SPD-Politikerin. Aus gesundheitspolitischer Sicht sei es sinnvoll, so Bätzing weiter, Tabak-Feinschnitt genauso zu besteuern wie Filterzigaretten. Für eine Anhebung des Steuersatzes für Feinschnitt gebe es aber noch keinen Zeitplan der Bundesregierung.

*

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz **NOVELLE DES PFLANZENSCHUTZGESETZES MEHRHEITLICH BESCHLOSSEN**

Berlin: (hib/SAS) Pflanzenschutzmittel, die in einem Mitgliedsland der Europäischen Union zugelassen sind, können künftig auch in Deutschland rasch zum Einsatz kommen, ohne dass sie hierzulande ein eigenständiges Zulassungsverfahren durchlaufen müssen.

Voraussetzung dafür sei, dass sie den gleichen Wirkstoff aufweisen, wie ein in Deutschland zugelassenes Präparat und mit ihm in der Zusammensetzung und Beschaffenheit übereinstimmen. Geprüft werde dies mit einem "stark vereinfachten Antragsverfahren" vor der ersten Einfuhr der Pflanzenschutzmittel.

Einer entsprechenden Regelung hat der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz am Mittwochvormittag mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Pflanzenschutzgesetzes der Koalitionsfraktionen (16/644) in geänderter Fassung zugestimmt. Für die Vorlage stimmten die Fraktionen von SPD, CDU/CSU, FDP und Die Linke. Keine Mehrheit fand ein Entschließungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, in dem diese eine Klarstellung verlangten, wann das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BfVL) auf eine Vergleichsuntersuchung dringen kann.

Nach der Novelle kann das BfVL eine Vergleichsuntersuchung für so genannte parallelimportierte Pflanzenschutzmittel mit dem Referenzmittel durch ein geeignetes Labor verlangen, wenn es zur "Feststellung der Verkehrsfähigkeit erforderlich" ist.

Nach Meinung der Grünen sollte eine Vergleichsuntersuchung immer dann erforderlich sein, wenn der Antragsteller keinen Nachweis darüber erbringen kann, dass etwa das Produkt aus der gleichen

Produktionsstätte stammt.

Einig waren sich die Fraktionen darin, dass das Gesetz zur Anpassung an EU-Recht notwendig sei. Auch würden damit Umweltschutzstandards bei Parallelimporten von Pflanzenschutzmitteln verbessert sowie Rechtssicherheit für die Anwender geschaffen.

Union und FDP mahnten an, das Verfahren zur Überprüfung der Wirkstoffe und Zusatzstoffe, wie es in einer dem Gesetz folgenden Verordnung festgelegt werden soll, für die Anwender "überschaubar und unbürokratisch" zu gestalten. Die abschließende Beratung im Bundestag steht für den 9. März an.

21.02.2006

Ernährung und Landwirtschaft/Antwort **ENTSCHEIDUNG ÜBER VERÖFFENTLICHUNG VON GENTECHNIK-STUDIEN IM EINZELFALL**

Berlin: (hib/IMO) Die Bundesregierung will im Einzelfall entscheiden, ob Studien zu gentechnisch veränderten Pflanzen öffentlich zugänglich sein sollen. Wie es in einer Antwort (16/655) auf eine Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen (16/502) heißt, würden dabei die Vorgaben des Umweltinformationsgesetzes beachtet.

Darin seien unter anderem der Schutz von personenbezogenen Daten, von Rechten am geistigen Eigentum sowie von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen geregelt.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hatte nach der Haltung der Bundesregierung zur Veröffentlichung von Akten gefragt, die von Unternehmen im Rahmen von Zulassungsverfahren gentechnisch veränderter Pflanzen eingereicht wurden. Diese seien für die Risikobewertung der Produkte wesentlich, hieß es in der Anfrage. Hintergrund sind Anträge von der Umweltorganisation Greenpeace und Mitgliedern des Europäischen Parlaments auf Akteneinsicht in Studien zu EU-Anträgen auf Zulassung bestimmter gentechnisch veränderter Produkte.

16.02.2006

Umwelt/Anträge **GRÜNE UND LIBERALE FORDERN EINHEITLICHES UMWELTRECHT**

Berlin: (hib/SUK) Die Bundesregierung soll die Voraussetzungen für ein einheitliches Umweltrecht in Deutschland schaffen. Das fordern die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und FDP in zwei Anträgen. Im Antrag der Bündnisgrünen (16/654) wird die Regierung dazu aufgerufen, eine Vorlage für eine Grundgesetzänderung zu erarbeiten, mit der ein einheitliches Umweltrecht geschaffen werden könne.

Dazu gehörten unter anderem ein eigener Kompetenztitel Umwelt im Grundrecht, die Ansiedlung der Gesetzgebungskompetenz insbesondere bei der Festlegung von "medienübergreifenden Umweltstandards" auf Bundesebene, die Abschaffung der Erforderlichkeitsklausel im Abfallrecht und das Einfügen spezifischer Kompetenztitel für die Bereiche Chemikaliensicherheit, Strahlenschutz, Klimaschutz, Erneuerbare Energien und Bodenschutz.

Auch im Antrag der FDP (16/674) wird eine entsprechende Grundgesetzänderung gefordert. In das Gesetz solle ein eigener Titel "Recht der Umwelt" als konkurrierende Gesetzgebungskompetenz des Bundes verankert werden.

Auf eine Kompetenz der Länder zur Abweichungsgesetzgebung im Bereich des Umweltrechts müsse verzichtet werden, so die Liberalen. Sie fordern die Regierung auf, darauf hinzuwirken, dass "die Länder ihre Position überdenken und für ein effektives, europataugliches und wirtschaftsfreundliches Umweltrecht" auf die Abweichungsmöglichkeiten verzichten.

*

LIBERALE FRAGEN NACH UMWELTRECHTLICHEN REGELUNGEN DER FÖDERALISMUSREFORM

Berlin: (hib/SUK) Die Liberalen wollen in einer Kleinen Anfrage (16/606) wissen, ob die Bundesregierung an ihrem Vorhaben festhält, im Rahmen der Föderalismusreform die Voraussetzungen für eine Neuorientierung des deutschen Umweltrechts und insbesondere für ein einheitliches Umweltgesetzbuch zu schaffen.

Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD sehe dies vor und führe als Begründung dafür an, dass das zwischen verschiedenen Fachgebieten und zwischen Bund und Ländern stark zersplitterte Umweltrecht "nicht den Anforderungen an eine integrierte Umweltpolitik" entspreche.

Beabsichtigt sei, die so genannte Erforderlichkeitsklausel für den Bereich der Abfallbeseitigung und für das Recht der Umwelt beizubehalten, während sie für die Bereiche Luftreinhaltung und Lärmbekämpfung abgeschafft werden solle.

Diese und andere geplante Änderungen seien sowohl von verschiedenen Bundesministern als auch von der Wirtschaft kritisiert worden, da damit eine noch stärkere Zersplitterung des Umweltrechts und weiter ausufernde Bürokratie drohten.

Die Fraktion fragt daher, wie die Regierung diese Einwände bewertet. Sie will außerdem wissen, welchen Zeitplan die Regierung für die Änderung des Grundgesetzes zur Föderalismusreform vorsieht und ob im Laufe des Verfahrens eine Experten- und Verbändeanhörung geplant sei.

Anmerkung Scherrmann: Kompetenzgerangel,

15.02.2006

Im Bundestag notiert: **BUNDES-IMMISSIONSSCHUTZGESETZ**

Umwelt/Verordnung

Berlin: (hib/SUK) Die Bundesregierung hat eine Verordnung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz erlassen (16/574). Sie dient der Umsetzung der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Arsen, Cadmium, Quecksilber, Nickel und polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe in der Luft, für die Zielwerte festgelegt werden. Die Verordnung hat zum Ziel, schädliche Auswirkungen von Luftschadstoffen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt zu vermeiden.

13.02.2006

Inneres/Antrag

BÜRGER NICHT DURCH ÜBERHÖHTE KOSTEN VON ANFRAGEN ABSCHRECKEN

Berlin: (hib/WOL) Für eine bürgerfreundliche Kostenregelung bei der Umsetzung des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) treten Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag ein (16/580). Für den Erfolg des am 1. Januar in Kraft getretenen Informationsfreiheitsgesetzes ist danach die "maßvolle Anwendung" der Gebühren- und Auslagenregelung "unabdingbar". Im Artikel 10 des Informationsfreiheitsgesetzes werde "ausdrücklich darauf verzichtet", bei der Festlegung von Gebühren den Grundsatz einer Kostendeckung für die Verwaltung festzuschreiben.

Mit der Verabschiedung habe der Bundestag vielmehr Bürgerinnen und Bürger ermutigen wollen, von ihren Informationsmöglichkeiten Gebrauch zu machen. Von den verpflichteten Stellen des Bundes werde erwartet, solche Anfragen als Chance zu begreifen, Distanz und Misstrauen gegenüber Verwaltungsentscheidungen abzubauen.

Es sei nicht Ziel des Parlaments gewesen, durch erhöhte Kostenanfragen abzuschrecken und damit den Sinn des IFG zu unterlaufen. Auch seien solche Anträge "zügig und umfangreich" zu beantworten, um Bürger zu ermutigen, von ihrem Recht auf Information Gebrauch zu machen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, als Ordnungsgeberin ihren Informationspflichten nachzukommen und dem Grundsatz der Transparenz "als politische Leitlinie Geltung zu verschaffen". Das Bundesinnenministerium müsse deshalb seine Informationsgebührenordnung "unverzüglich zurückziehen" und sie im Sinne des bürgerfreundlichen IFG neu fassen.

Auch dürften die Gebühren für Anfragen im Bereich innenpolitischer Verwaltungen nicht höher angesetzt werden, als für Anfragen nach dem Umweltinformationsgesetz. Festzulegen sei, dass die Höchstgrenze von 500 Euro bei Gebühren auch dann nicht überschritten werde, wenn nach dem Kostenverzeichnis mehrere gebührenpflichtige Vorgänge entstanden sind.

Schließlich sei sicherzustellen, dass eine Einsichtnahme bei der jeweiligen Behörde kostenfrei bleibe statt hierfür wiederum eine Gebühr zwischen 15 bis 500 Euro vorzusehen. Auch ein Widerspruchsverfahren für Bürger müsse kostenfrei gestaltet werden, erklären die Abgeordneten.

*

Ernährung und Landwirtschaft/Unterrichtung **KRONENZUSTAND DER WALDBÄUME HAT SICH IM LETZTEN JAHR LEICHT ERHOLT**

Berlin: (hib/SAS) Der Kronenzustand von Laub- und Nadelbäumen hierzulande hat sich im letzten Jahr gegenüber dem Vorjahr leicht erholt. Dies geht aus dem Waldzustandsbericht 2005 der Bundesregierung hervor, der dem Parlament als Unterrichtung (16/493) vorliegt.

Als vergleichsweise "hoch" bezeichnet die Regierung nach wie vor den Anteil der Waldflächen, deren Kronen sich deutlich verlichtet haben: er liegt bei 29 Prozent. Auch seien die Wälder vorbelastet von Emissionen, die sich in den Böden eingelagert hätten und dort langfristig ein Risiko für die Qualität der Böden und des Grundwassers darstellten.

Am stärksten betroffen sind die Kronen der Eiche. Auf die Fläche bezogen treten hier am häufigsten Kronenverlichtungen auf. Der Anteil liegt bei 51 Prozent, dicht gefolgt von der Buche mit 44 Prozent.

Demgegenüber sind nur 19 Prozent der Kiefernbestände hierzulande von Kronenverlichtungen betroffen. Als Ursache für die Schädigung der Bäume nennt die Regierung auch die Nachwirkungen des trockenen Sommers 2003.

Dieser habe sich regional durchaus unterschiedlich ausgewirkt: "Während die Witterung im Norden und in der Mitte Deutschlands der Erholung der Bäume förderlich war, war dies im Süden nicht überall der Fall", bilanziert die Regierung. Der Waldzustandsbericht ist Teil des forstlichen Umweltmonitorings und wird jährlich veröffentlicht.

=====
BfR Bundesinstitut fuer Risikobewertung - keine relevante Veroeffentlichung
=====

UBA - UMWELTBUNDESAMT

Dessau, den 15.03.06

Umweltinformationen auf einen Blick – das Umwelt-Kernindikatorensystem des Umweltbundesamtes

Kenngößen zeigen, wie weit Deutschland auf dem Weg zum angestrebten Zustand der Umwelt ist. Auf einen Blick die Entwicklungen im Umweltschutz erkennen – das Umwelt-Kernindikatorensystem (KIS) des Umweltbundesamtes (UBA) macht es nun möglich. Von „Treibhausgasen“ über „Erneuerbare Energien“ bis „Blei im Blut“ reicht die Liste der mehr als 50 Indikatoren. KIS zeigt, wie weit Deutschland sich seinen Umweltzielen auf dem Weg zu einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung angenähert hat. Denn: Es ergänzt die umweltrelevanten Indikatoren des deutschen Nachhaltigkeitsindikatorensatzes um solche, die Ursachen und Wirkungen von Umweltbelastungen darstellen – etwa den Zusammenhang zwischen der Zunahme der atmosphärischen Kohlendioxid-Konzentration mit dem globalen Temperaturanstieg und einem immer früheren Blütezeitpunkt bestimmter Pflanzen in Deutschland. KIS ist im Internet unter www.umweltbundesamt.de/umweltdaten einsehbar.

Im neuen Internetangebot zeigt jeder Indikator klar und anschaulich, wie sich der jeweilige Umweltzustand in den vergangenen Jahren entwickelte und wie die Umwelttrends – dort graphisch dargestellt – zu bewerten sind. Die Nutzerinnen und Nutzer erfahren Näheres über die Bedeutung des gewählten Themas, ebenso über die Methoden der Indikatorenentwicklung, die themenbezogenen Bewertungs- und Rechtsgrundlagen sowie Maßnahmen, um die Ziele zu erreichen. Orientiert am Ursache-Wirkungsgeschehen verknüpft ein Verweissystem die einzelnen Indikatoren mit thematisch verwandten Kenngößen des Indikatorensatzes.

Ausgangspunkt für die Gliederung des KIS sind die Leitthemen des sechsten Umweltaktionsprogramms der Europäischen Gemeinschaft: Klima-, Umwelt- und Naturschutz, menschliche Gesundheit sowie nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen und eine nachhaltige Abfallwirtschaft. Diesen Leitthemen wurden 16 Unterthemen von „Treibhauseffekt“ bis zu „Bodenressourcen“ zugeordnet.

Die Kernindikatoren sind mit den wichtigsten internationalen Indikatorensätzen gut vergleichbar. An der Indikatorenauswahl und Datenzusammenstellung wirkten weitere Bundeseinrichtungen – zum Beispiel das Statistische Bundesamt oder das Bundesamt für Naturschutz – mit, um dem breiten Themenspektrum gerecht zu werden.

HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2006/pd06-014.htm>

PDF: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2006/pdf/pd06-014.pdf>

Anmerkung Scherrmann: Nach dem ersten Ueberfliegen dieser umfangreichen Umweltdaten habe ich einen ziemlich zwiespaeltigen Eindruck. Falls sich jemand mit einer kritischen Analyse der Methoden, Bewertungsgrundlagen etc. auseinandersetzt, waere ich dankbar über einen Kontakt.

Dessau, den 09.03.2006

Feinstaub aus Kaminen und Holz-Öfen verringern

Moderne Holzfeuerungsanlagen, strengere Auflagen und mehr Aufklärung helfen gegen den gesundheitsschädlichen Feinstaub

Immer mehr private Haushalte und kleine Gewerbebetriebe heizen mit Holz und holen mit Kamin oder Kaminofen Behaglichkeit ins Wohnzimmer. Das ist zwar gut fürs Klima, denn Holz setzt bei seiner Verbrennung nur soviel klimaschädliches Kohlendioxid frei, wie vorher beim Pflanzenwachstum im Holz gebunden wurde. Aber: Die mehreren Millionen kleinen Holzfeuerungsanlagen stoßen in Deutschland insgesamt etwa soviel gesundheitsschädlichen Feinstaub aus, wie die Motoren von Pkw, Lkw und Motorrädern. Das Umweltbundesamt (UBA) meint daher: Kleine Holzfeuerungsanlagen müssen sauberer werden. Der Ausstoß des Feinstaubes muss drastisch abnehmen. Moderne Öfen, strengere Auflagen für den Betrieb kleiner Holzfeuerungen und eine bessere Aufklärung helfen dabei. Ein wichtiger Ansatzpunkt ist die von der Bundesregierung geplante Novellierung der gesetzlichen Regelungen für kleine Holzfeuerungsanlagen.

Denn dort gibt es einige Möglichkeiten: Feuerungsanlagen in privaten Haushalten, Handwerks- und Gewerbebetrieben müssen zwar nicht genehmigt werden. Gleichwohl gibt es Anforderungen an deren Betrieb – geregelt in der 1. Verordnung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (1. BImSchV - Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen). Die Bundesregierung plant eine Novellierung dieser Verordnung. Nach Auffassung des UBA sind dabei zum Beispiel Emissionsgrenzwerte und Mindestwirkungsgrade für alle Einzelraumfeuerstätten bei der Typprüfung festzulegen. Diese erfolgt, ehe die Geräte für den Markt zugelassen werden. Das garantiert, dass saubere Anlagen auf den Markt kommen. Auch die Grenzwerte für den Ausstoß von Staub sollten verschärft werden. Feinstaub kann die menschliche Gesundheit erheblich beeinträchtigen. Er wirkt negativ auf die Atemwege – Husten und die Zunahme asthmatischer Anfälle sind die Folge – sowie auf das Herz-Kreislauf-System. Dies kann die Lebenserwartung vermindern.

Es gibt auf dem Markt bereits moderne Holzfeuerungsanlagen, die relativ geringe Feinstaubemissionen verursachen. Dazu zählen in erster Linie mit Holzpellets – mit kleinen Holzpresslingen – betriebene Feuerungen. Besonders emissionsarme Pelletöfen und –heizkessel können das Umweltzeichen „Blauer Engel“ erhalten. Weitere Informationen zum Umweltzeichen für Holzpelletfeuerungen gibt es im Internet unter <http://www.blauer-engel.de>.

Wie viel Feinstaub tatsächlich ausgestoßen wird, hängt nicht nur von Art und Alter der Anlage ab. Auch die Art der Befuerung, der Wartungszustand der Anlagen und die Auswahl sowie die Qualität des genutzten Holzes sind zu beachten. Daher sollten Betreiber auch besser als bisher informiert und ihre Anlagen überprüft werden. Dies könnten die Schornsteinfeger bei ihren ohnehin stattfindenden Routineprüfungen übernehmen.

Ausführlichere Informationen zum Thema hat das Umweltbundesamt in dem achtseitigen Hintergrundpapier „Die Nebenwirkungen der Behaglichkeit: Feinstaub aus Kamin und Holzofen“ zusammengefasst. Es kann im Internet unter www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/hintergrund/holzfeuerung.pdf herunter geladen werden.

HTML :<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2006/pd06-013.htm>

PDF: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2006/pdf/pd06-013.pdf>

Dessau, den 02.03.2006

Mehr Transparenz über den Schadstoffausstoß der Industrie in der EU Neue Europäische Verordnung löst altes europäisches Schadstoffemissionsregister ab

Seit 7. Februar 2006 ist die neue Verordnung Nr. 166/2006 zur Schaffung eines Europäischen Schadstofffreisetzung- und Verbringungsregisters (PRTR-Pollutant Release and Transfer Register) in Kraft. Das Register informiert die Öffentlichkeit regelmäßig sowohl über wesentliche Emissionen von Schadstoffen als auch über das Verbringen der Abfälle aus Industriebetrieben. Die EU-Mitgliedstaaten sind nun verpflichtet, die Daten jährlich zu erheben und der Europäischen Kommission mitzuteilen. Ab 2007 müssen die berichtspflichtigen Betriebe ihre Freisetzungen in die Medien Luft, Wasser und Boden erstmals melden, sofern sie dabei bestimmte Mindestschwellen übersteigen. Zudem ist die Abfallverbringung außerhalb des Unternehmensstandorts – für gefährliche Abfälle ab 2.000 Kilogramm und für sonstige Abfälle ab 2.000 Tonnen – berichtspflichtig. Die Kommission veröffentlicht die Daten im Internet.

Die Europäische Union führt seit Februar 2004 ein Schadstoffemissionsregister, das so genannte EPER – European Pollutant Emission Register. Es registriert bereits den Ausstoß von mehr als 50 Schadstoffen in Luft und Wasser. Diese entstehen in zahlreichen großen Industriebetrieben – etwa der Energiewirtschaft, der chemischen Industrie, der Metall- und Lebensmittelindustrie und der Papierherstellung, – sowie durch intensive Tierhaltung und Deponien. Das „neue“ PRTR löst künftig nicht nur das bestehende EPER ab, es erweitert zudem die Informationspflicht: Ab jetzt sind 91 Schadstoffe und 65 berichtspflichtige Tätigkeiten (statt bisher 56) berücksichtigt. Die EU-Mitgliedstaaten berichten nun auch über Emissionen in den Boden, die Verbringung der Abfälle sowie über diffuse Emissionen.

Die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete – wie viele andere EU-Mitgliedstaaten auch – das PRTR-Protokoll der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UN-ECE) und verpflichtet sich damit, ein PRTR zu errichten und zu betreiben. Die Arbeiten hierzu orientieren sich eng an den europäischen Vorgaben.

Deutschland veröffentlicht die Daten seiner berichtspflichtigen Betriebe seit Anfang 2004 im Internet unter www.eper.de. Die Seiten erstellt die Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA). Das wachsende Interesse der Öffentlichkeit an diesen Informationen erfordert, Inhalte und Analysewerkzeuge zu optimieren. Nutzerinnen und Nutzer können die umfangreichen Daten beispielsweise als interaktive Karten einsehen. Diese lassen sich auch kopieren und drucken. Fachleute aus Industrie, Verbänden und Behörden können zusätzliche Informationen (Rubrik „Experten“) nutzen.

Unter www.prtr.de gibt es mehr Informationen über das PRTR sowie einen eigenen Newsletter, der regelmäßig über nationale und europäische Aktivitäten beim PRTR berichtet.

HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2006/pd06-010.htm>
PDF: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2006/pdf/pd06-010.pdf>

=====

Ende des newsletter/d/96

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffs-zeile an info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: + 49 7352 940529, email: info@safer-world.org ,

web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges internationales Internet-Netzwerk für eine gesündere Umwelt